

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

13 (16.1.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Die Reklamemillimeter-
zeile, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erlösungs-
zeit und Verfallenszeit in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heim und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufsehtunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Dhr. Zahlung 2.20 Mark o. Durch die Post
2.50 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich
vermiltags 11 Uhr o. Postkonten 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkshaus-Milieu: Durlach, Haupt-
straße 9; B.-Baden, Jaghausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 13

Karlsruhe, Freitag, den 16. Januar 1931

51. Jahrgang

Die Finanzdebatte

Finanzlage und Gemeindepolitik / Die Gehälter der höheren Gemeindebeamten
Nicht nur Kritik, sondern auch Vertrauen

Berlin, 15. Jan. (Ein. Draht) Im Haushaltsausschuß des Reichs-
tages wurde am Donnerstag die Debatte über die finanzielle Lage
Deutschlands fortgesetzt.

Abg. Cremer (D. Vpt.) hielt eine lauge Rede, in der er sich
wiederholt sehr scharf gegen die Regierung wandte. Er erklärte
eindeutig, daß die Rede des Reichsfinanzministers ihn und seine
Freunde aufs höchste beunruhigt habe, und er es für durchaus falsch
halte, daß Dr. Dietrich sich lediglich darauf beschränkt habe, ein
Bild der Finanzen zu geben. Selbst dieses sei seiner Ansicht nach
nicht richtig und werde nicht viel ungenügend werden, als Dietrich
es angenommen habe. Es sei notwendig, die Finanzen in engere
Beziehungen zu der gesamten Reichspolitik zu stellen und sie in
diesem Rahmen zu betrachten. So beste die Frage einer Revision
des Youngplans die Vereinigung der Reichsfinanzen voraus.
Keine Reichsregierung könne mit irgend einer ausländischen Re-
gierung über Änderungen des Youngplans in eine Debatte ein-
treten, wenn nicht absolute Sicherheit dafür sei, daß die Reichs-
finanzen in sich in Ordnung seien und der ausländische Kapital-
markt nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Finanz-
politik sei nicht, wie der Reichsfinanzminister seiner Rede nach
angenommen habe, ein Ding für sich, sondern nur ein Teil der all-
gemeinen Innen- und Außenpolitik.

Auch den Neuerungen des Ministers bezüglich der Gemeinden
sei nicht auszufinden. Man habe zwar den Gemeinden neue Ein-
nahmesquellen eröffnet, aber viele der Gemeinden könnten sie nicht
durchführen und wo sie durchgeführt wären, würden sie nicht die
erhofften Beträge bringen, ganz abgesehen davon, daß auf der
anderen Seite dadurch die Reichseinnahmen abgedeckt werden. Viel
wichtiger als die Erschließung neuer Einnahmesquellen für die Ge-
meinden sei es, den stärksten Druck auf die Gemeinden bezüglich
einer Einschränkung ihrer Ausgabenwirtschaft zu üben.

Die Deutsche Volkspartei werde ihre weitere Mitarbeit zunächst
davon abhängig machen, daß im Plenum in klarer gegenseitiger
Form die Einwirkung des eventuellen Fehlbetrags, von dem der
Minister gesprochen habe, auf der Ausgabe Seite erfolge. Es werde
auch notwendig sein, daß der Minister Aufklärung gebe über die
von ihm in Süddeutschland entwickelten Pläne einer Einschränkung
der Arbeitslosigkeit.

„Ist es wahr“, so fragt Dr. Cremer, „daß der Plan bestehe, pro
Kopf eines neu einzustellenden Arbeiters dem betreffenden Betrieb
1000 Mark Zulage zu zahlen unter der Verpflichtung, daß der
Arbeiter mindestens ein Jahr beschäftigt werde? Wie steht es mit
dem, auch in der Öffentlichkeit ventilierten Projekt, durch Ver-
teuerung von 750 Millionen Mark öffentliche Arbeiten in Gang zu
setzen? Wie will der Minister diese 750 Millionen beschaffen?“

Abg. Dr. Hilsberding (Soz.)

Der Fehlbetrag des deutschen Haushalts für 1931 werde sich
etwa in Höhe von 1200 Millionen RM. bewegen, nicht nur wie
veranschlagt, in Höhe von 900 Millionen. Dieser Anfall werde
sich so verteilen, daß die Länder und Gemeinden einen Ausfall
von rund 400 Millionen und die Anspargen einen Ausfall von
125 Millionen Mark haben würden. Bei den Anspargen ent-
stehe die große Frage, wie dieser Ausfall gedeckt werden solle. Die
Leistungen der Anspargen seien schon so stark gedrosselt, daß
eine weitere Drosselung im Interesse der schwer arbeitenden Be-
arbeiter nicht mehr möglich sei. Andererseits lasse die jetzige Be-
tragshöhe eine weitere Steigerung nicht zu. Es erwies sich also
die Aufstellung eines Plans über die Sanierung der Anspargen
als notwendig. Was die Gemeindefinanzen betreffe, so sei es für
den Außenstehenden sehr schwierig, sich ein ganz genaues Bild dar-
über zu machen. Manches im Sinne der Gemeindefinanzen ver-
stehe. Es sei nicht zu verantworten, daß die Bezüge der Ge-
meindebeamten immer noch nicht der Reichsbesoldungsordnung an-
gepaßt worden seien. Trotzdem müsse man sich mit Ernst und
Sorgfalt die Frage vorlegen, ob die Gemeinden einen so großen
Ausfall, wie er für 1931 zu erwarten sei, auch tragen könnten.
Man müsse mit einem Rückgang der Gemeindesteuern von ungefäh-
er 10 v. H. rechnen, was für die Gemeinden für 1930 eine Minde-
ereinnahme von etwa 270 Millionen bedeuten würde. Demgegen-
über stehe die Erhöhung der Wohlfahrtsverweisungen. Hierfür
müsse man eine Ausgabe von etwa 600 Millionen schätzen, also
etwa 400 Millionen mehr, als in dem Haushalt eingeplant seien.
Der gesamte Fehlbetrag der Gemeinden im Jahre 1930 betrage
etwa 750 Millionen Mark. Diesem Defizit ständen die Steuern
aus der Notverordnung gegenüber, die etwa 180 bis 200 Mil-
lionen ergeben. Es sei wohl nicht zu pessimistisch, anzunehmen,
daß die Zahl der Wohlfahrtsverweisungen sich im Jahre 1931 noch
erhöhen werde. Das bedeute für die Gemeinden einen Verbrauchs-
ausfall von etwa 500 Millionen gegenüber dem ursprünglichen An-
satz von 1930. Dadurch wird das Defizit der Gemeinden für 1931
auf über 1100 Millionen erhöht. Von diesen 1100 Millionen könn-
ten etwa 400 Millionen Mark durch die Steuererhöhungen aus der
Notverordnung und 200 Millionen durch Ersparnisse durch die
Gesetzgebung abgedeckt werden. Von dem verbleibenden Fehlb-
betrag von 500 bis 550 Millionen könnten 200 Millionen durch
Einsparungen, die leider gerade kulturell und sozial bedeutsame
Aufgaben betreffen, eingespart werden, weiter 100 Millionen aus
dem Darlehnsfonds. Es scheitert nicht an, die Sache der Ge-
meindesachen isoliert zu betrachten. Sie sei auch eine Sache des

Reichs. Man werde wohl nicht darum herum kommen, daß ein
Teil der Lasten der Wohlfahrtsfürsorge den Gemeinden abgenom-
men und auf Reich und Länder verteilt werden müsse. Man könne
natürlich am Reichsetat noch sparen. Die sozialdemokratischen An-
träge zielten auf weitere Einsparungen bei der Reichswehr und
bei der Reichsmarine hin. Gegebenenfalls werde man auch bei
Luftfahrtsubventionen noch einige Abstriche vornehmen können.
Anschließend der Not der Gemeindefinanzen seien aber die vom
Reichsfinanzminister angekündigten Entsetzungen der Reichsteuern
w. recht problematisch.

Reichsfinanzminister Dietrich

wies auf die Sorgen hin, die jetzt auch in Amerika in der Haus-
haltslage bestehen: Zum erstenmal werden dort jetzt die Re-
parationszahlungen zur Bilanzierung des Etats verwendet und
trotzdem ist immer noch ein Defizit vorhanden. Ähnlich stehe es
in England, wo die Steuern in ganz ungewöhnlicher Weise an-
gezogen werden müßten. Das die Staatswirtschaft Italiens sich in
Nöten befindet, ist auch allgemein bekannt. Wenn man dies alles
bedenke, so wird man die Schwierigkeiten Deutschlands, seine Fi-
nanzen in Ordnung zu halten, verstehen.

Vor allem müsse man sich davor hüten, die Dinge allzu sehr
schwarz in schwarz zu sehen, denn solche schwarz-weiße Reben
tragen nur dazu bei, die Psychose zu verstärken. Jede Unter-
nehmenslust erstickt. Es habe naturgemäß niemand die Entwick-
lung der Dinge in der Hand, niemand könne mit Bestimmtheit
sagen, ob es besser oder schlechter werde. Jedenfalls kann man
keine ernstlichen Besorgnisse für die eine oder andere Richtung vor-
bringen. Nur eines wäre sicher, daß alle Kräfte, also auch die
gegenwärtige, einen mäßigsten Verlauf nehmen, und daß des-
halb die jetzt bestehenden Zustände nicht ewig bleiben könnten.
Es fragt sich nur, ob wir uns noch auf dem Wege zum Tiefpunkt
befinden oder ob wir bereits den Tiefpunkt überschritten haben.
Jedenfalls werde ein vernünftiger, gemäßigter Optimismus uns
helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Jede weitere Erhöhung der Reichsteuern müsse verhindert
werden. Die Besoldung der Gemeindebeamten gäbe in vielen Fällen
zu Bedenken Anlaß. Es stehe in einem merkwürdigen Widerspruch
zu der Finanznot der Gemeinden, wenn die zu hoch bezahlten
höchsten Beamten der Gemeinden sich weigern, bei der Gehalts-
kürzung mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn die Reichs-
regierung einen Weg gehabt hätte, die höhere Besoldung der Ge-
meindebeamten auf das richtige Maß herabzusetzen, so wäre das
geschehen. Der vormalige Reichsminister Dr. Cremer hat er-
klärt, daß es Aufgabe der Reichsregierung sei, Vorschläge für
Einsparmaßnahmen im Reichsetat zu machen. Die Reichsregierung
habe bewiesen, daß sie gewillt ist, die Führung in der Hand zu
halten, aber sie kann verlangen, wenn äussermächtige Sparvor-
schläge gemacht werden, daß man ihr wenigstens Anhaltspunkte
gibt, an welchen Stellen diese Einsparungen erfolgen sollen.

In Bezug auf die Arbeitsbeschaffung betonte der Minister, das
er in Stuttgart seine Vorschläge nicht in der absoluten Form
gemacht habe, wie es nach der Presse schein. Zum Beweis dessen
verlas er aus dem amtlichen Bericht über seine Stuttgarter Rede
einige Stellen. Der ausländische Minister Stegerwald prüfe zur
Zeit die Sache, und werde im Reichstag zur gegebenen Zeit dar-
über berichten. Die Angaben Dr. Silberding's, daß durch den An-
fall für die 700 000 Wohlfahrtsverweisungen 1930 die Gemein-
den mehr belastet seien, sei zunächst insofern nicht richtig, als mit
dieser Zahl nicht als Durchschnittszahl für das ganze Jahr gerech-
net werden könne, sondern daß diese Zahl nur am Ende des Rech-
nungsjahres vorhanden sei. Außerdem hätten die Gemeinden An-
sätze hierfür im Etat. Das Reich könne nicht für die Gemeinden
sorgen, denn die Gemeinden seien Organe für sich. Die Gemein-
den müßten in erster Linie unter eigener Verantwortung handeln.

Abg. Erling (Z.) protestiert auf das Schärfste gegen die jour-
nalistische Aufmachung der Mittwochsrede des Reichsfinanzministers,
in einem Teil der Berliner Presse. In der Presse sei es so dar-
gestellt worden, als ob ein neues Defizit von einer Milliarde zu
verzeichnen sei, während die Entwicklung im Jahre 1930 zu den
bisher genannten 900 Millionen zusammen auch nur möglicher-
weise einen weiteren Fehlbetrag von 100 Millionen erbringen
würde. Das Gerücht, das durch eine solche Berichterstattung in
Deutschland heraufgerufen wird, sei so groß, daß man sich über-
legen sollte, ob die Regierung nicht gegen eine solche sensationelle
und unwahre Berichterstattung einschreiten sollte. Wenn der Fin-
anzplan in Ruhestand so kritisiert worden wäre, wie in Deutsch-
land das Finanzproblem des Reichs, würden solche Berichts-
erfasser einfach aufhängen werden.

Eine Dietrich-Krise?

Berlin, 16. Jan. (Kundendienst) In parlamentarischen Kreisen
erörtert man zurzeit die Frage, ob die Stellung des gegenwärtigen
Reichsfinanzministers länger zu halten ist. Wie verlautet,
haben in maßgebenden parlamentarischen Kreisen in den letzten
Tagen bereits Besprechungen darüber stattgefunden, ob man den
gegenwärtigen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich länger halten
kann. Die Besprechungen haben hauptsächlich im Kreise der an dem
Bestand der Regierung interessierten bürgerlichen Parteien statt-
gefunden.

Die Reparationsdebatte

Warnung vor Illusionen

In leichtfertiger Weise werden z. B. im deutschen Volke
hoffnungen erweckt, als ob wir in aller nächster Zeit vor
einer wesentlichen Entlastung, wenn nicht gar vor einer Ab-
schaffung der Reparationen stehen würden. Diese von nationa-
listischen und dieser nachstehenden Seiten verbreiteten
Illusionen, welche von einem Teil der bürgerlichen
Presse weitergetragen werden, eulen in toten Kreisen die
Meinung hoch, als ob Deutschland nur fest auszuhalten
bräuhete, um die Welt seinen Wünschen gefügig zu machen.
Selbst wird durch diese starken Gesellen in liberalen
Kreisen das Gegenteil von dem erreicht, was Deutsch-
land braucht und stattdessen in der Welt Interesse für
untere dringenden Forderungen finden, schließen sich die frühe-
ren Ententestaaten wieder immer mehr gegen uns zusammen.
Wenn wir daher wollen, daß in absehbarer Zeit wenigstens
eine Ermäßigung unserer schweren Lasten erfolge,
so müssen wir alles andere tun, als die nationalsozialisti-
schen Bespiele befolgen, und wir müssen versuchen, durch eine
Politik der Verständigung, die uns die Befreiung
der besetzten Gebiete brachte, auch weiterhin erfolg-
reich am Aufweg Deutschlands zu arbeiten, der jetzt durch
die Weltwirtschaftskrise unterbrochen wurde. In diesem
Sinne wird die jetzt in Genf beginnende Zusammenkunft
der Außenminister ein Präzedenzfall für die Weiterentwicklung
der internationalen Politik. Wie es speziell mit der Re-
parationsfrage steht, die allerdings nicht unter den Genf
zur Beratung kommenden Gegenständen sich befindet, darüber
informieren nachfolgende sachliche Ausführungen:

Daß in Deutschland bei jeder neuen Verschärfung der Wirt-
schaftskrise der Wunsch nach Entlastung von Re-
parationsverpflichtungen härter zum Ausdruck kommt,
ist eine ganz natürlich Erscheinung. Das Gefühl, daß alle
Voraussetzungen für die Anwendung der Revisionsmöglich-
keiten des Youngplans gegeben sein sollten, wird immer
stärker. Es wird dadurch unterstügt, daß schon die Verände-
rungen des internationalen Preisniveaus, also damit des
Goldwertes, die sich im Verlaufe dieser internationalen
Wirtschaftskrise durchsetzen, billigerweise den Anlaß zur
Revision der Reparationslasten geben sollten.

Weder über den Wunsch nach Entlastung noch über
die wirtschaftliche Berechtigung dieses Wunsches wird es in
Deutschland, d. h. auf der Schuldnerseite, Meinungs-
verschiedenheiten geben. Die entscheidende Frage ist
aber gar nicht die, in welchem Grade wir Schuldner unter uns
einig sind über die Schwere und Unbilligkeit der
Last, die wir zu tragen haben, sondern in dem Augenblick
müssen wir uns auch darum kümmern, wie es auf der
Gläubigerseite aussieht.

Ein Teil der deutschen Presse hat es eine Zeitlang für
gut befunden, jede an sich gewiß begründete Stimme,
möge sie von einem amerikanischen Bankier oder von diesem
oder jenem fortschrittlichen Politiker oder Nationalökonom
kommen, die sich für eine Revision des Youngplans ausge-
sprochen hat, den deutschen Lesern in einer Form mitzuteilen,
die den Eindruck erwecken mußte, als ob in der ganzen Welt
die Stimmung bereits für eine Revision gegeben wäre.
Die Wirklichkeit ist leider von dieser Darstellung weit
entfernt. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß
von den auf Grund des Youngplans vereinbarten Zahlungen
der größte Teil über die Begleichung der interalliierten Schul-
den nach Amerika fließt. Von den rund 1700 Millionen,
die als Rate für das Finanzjahr 1931/32 von Deutschland zu
zahlen sind, fließt rund eine Milliarde nach den Verei-
inigten Staaten. Der amerikanische Senat aber hat im
Dezember noch jede Neuregelung der interalliierten Schulden,
die eine entscheidende Voraussetzung für eine ernsthafte Re-
vision der deutschen Reparationslasten wäre, einmütig abge-
lehnt. Ebenso wenig ist in irgendwelchen maßgeblichen
französischen oder englischen Kreisen aus der letzten Zeit
die Meinung zur Revision zu vernehmen. Im Gegenteil, man
muß nüchtern konstatieren, daß die Vertiefung der ernsthaften
Debatte um die Entlastung der Reparationslasten, die in
dieser Krise als ganz natürlich empfunden wird, mit dem
nationalistischen Geschrei in Deutschland, das nicht nur auf
die Entlastung der Reparationen im Rahmen des Youngplans
gerichtet ist, sondern gleichzeitig die Revision des
Versailler Vertrages nach allen Seiten und mit
allen Mitteln propagiert, dazu geführt haben, daß sich engli-
sche und französische Stellen gegenseitig ihre Solidarität
in der Abwehr deutscher Forderungen versichern,
wie dies erst vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten
Artikel der „Times“ zum Ausdruck kam.

Für die richtige Einschätzung der Frage des Zeitpunktes, in
dem deutsche Bemühungen auf die Entlastung der Reparations-
lasten praktische Erfolge versprechen können, muß man sich
immer vergegenwärtigen, daß eine schwere Wirtschaftskrise
nicht nur bei uns herrscht, sondern daß sie auch in einer rela-
tiv kaum geringeren Arbeitslosigkeit in den Verei-
inigten Staaten, in England, in Italien und vie-
len anderen Ländern wütet. Solange in dieser Situation eine
Entlastung der deutschen Reparationszahlungen die unmittel-
bare Folge in den Empfangsländern hätte, daß sie ihre
Steuern erhöhen müssen, werden begreiflicherweise in
der Krisenzeit die Widerstände in den Regierungen und bei
den breiten Massen der Bevölkerung außerordentlich stark
sein. Trotzdem besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich all-
mählich die Voraussetzungen für eine Revision
der Zahlungen nach dem Youngplan verbessern.
Sehr wichtig wäre es in dieser Beziehung z. B., wenn sich auf

Grund der Senkung der Zinssätze in Amerika, in Frankreich, in England eine Konvertierung der inneren Kriegsschulden, d. h. eine Umwandlung der höher verzinslichen inneren Kriegsanleihen in niedriger verzinsliche durchgeführt werden würde. Ihre Verwirklichung im Laufe des Jahres 1931 würde unter Umständen die Voraussetzung dafür schaffen, daß eine Herabsetzung der Reparationszahlungen sich vollziehen könnte ohne steuerliche Ansprüche an die Bevölkerung in den Gläubigerländern.

Wenn man wirklich ernsthafte Arbeit für die Revision der Reparationslasten leisten will, so ist es notwendig, sich der realen Widerstände auf der Gläubigerseite bewußt zu sein und die Möglichkeiten für die Überwindung dieser Widerstände abzutasten und vorzubereiten. In Wirklichkeit hängen die Voraussetzungen für einen Erfolg der Revision der Reparationslasten ab vom Verlauf der internationalen Krise und von der Schaffung der internationalen politischen Voraussetzungen für einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Weil dem so ist, muß man sich auch darüber klar sein, daß die größte Gefährdung des Prozesses der weiteren Senkung der Reparationslasten in einer Außenpolitik liegt, die nicht klar auf dieses, nur auf dem Wege der Verständigung zu erreichende Ziel eingestellt ist, sondern die aus Populartät sucht die verschiedensten Ziele, von denen an sich jedes berechtigt sein mag, auf einmal lärmhaft vertritt mit dem Erfolg, in der Welt die Atmosphäre des Mißtrauens zu verschärfen.

Wirtschaftskrise vor Frankreichs Toren

Paris, 15. Jan. (Eig. Draht.) Die erste Arbeitssitzung der Kammer begann am Donnerstag in ruhiger Stimmung. Die Tardieu-opposition, die alles auf eine großangelegte Offensive gegen die Regierung Steeg vorbereitet hatte, hat sich im letzten Augenblick eines Besseren beonnen, ihre Interpellationsanträge über den Dürftersandal sind alle zurückgezogen oder vertagt worden. Kammerpräsident Bouisson eröffnete die Sitzung; mit einer Eröffnungsansprache, in der er der Kammer zunächst für das bei seiner fünften Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen dankte. Dann gab er einen kurzen Überblick über die innenpolitischen Tagesprobleme und sprach sich insbesondere eingehend über die Wirtschaftskrise aus. Im Vergleich mit anderen Ländern habe Frankreich noch nicht allzusehr darunter zu leiden gehabt, jedoch sei auch für Frankreich die Zeit der wirtschaftlichen Prosperität vorbei. Schon jetzt habe die Kammer einige Notstandsmaßnahmen beschließen müssen und der fünfjahresplan werde weiter dazu beitragen, der Wirtschaft den nötigen Anstoß zur Überwindung der Krise zu geben. Zur Außenpolitik übergehend, betonte Bouisson, daß die Friedenspolitik Deutschlands und der Gedanke der Europa-Föderation überall Zustimmung gefunden hätte. Obwohl die Führung der französischen Außenpolitik durch gewisse Ereignisse jenseits der Grenzen sehr viel schwieriger geworden sei, habe Frankreich weder Nervosität noch Unbehagen gezeigt.

Warnung vor wilder Arbeitsaufnahme in Frankreich

Nach Mitteilungen in der französischen Presse plant die französische Fremdenpolizei in Zukunft gegen alle in Frankreich arbeitenden Ausländer, die nicht im Besitze einer ordnungsmäßigen Arbeitserlaubnis sind und sich verbotenerweise in Frankreich aufhalten, rüchlos vorzugehen. Es wird deshalb ernst vor der wilden Arbeitsaufnahme in Frankreich gewarnt. Wer in Frankreich zu arbeiten wünscht, wende sich an ein zürichsches Arbeitsamt, das die nötigen Auskünfte erteilt.

Die Gehaltskürzung in Preußen

Severing stellt seine Aufwandsentschädigung der Polizei zur Verfügung
Der preußische Staatsrat gab der Verordnung der preußischen Staatsregierung über die Gehaltskürzung der Staats- und Gemeindebeamten seine Zustimmung. Im Verlauf der Debatte erklärte der Sozialdemokrat Schred- Niesfeld, daß die Sozialdemokraten mit der jekian Regelung des Gehaltsabzuges nicht einverstanden seien. Sie hätten vor allen Dingen eine logischere Staffeltung gewünscht. Um Verbesserungen zu erreichen, seien aber Mehrheiten im Reichstage notwendig. Gegenüber dem nationalsozialistischen Redner Sprenger erklärte er, daß Innenminister Severing seine Aufwandsentschädigung der Polizeistärke zur Verfügung gestellt habe; es sei ihm noch nicht bekannt geworden, daß die nationalsozialistischen Minister in gleicher oder ähnlicher Weise gehandelt hätten.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales

London, 15. Jan. (Eig. Draht.) Die Aussichten für die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Südwales haben sich gebessert. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist in London unter der Führung der Regierung ein Kompromiß erzielt worden. Für die nächsten zwei Monate soll der 7/8-Stundentag ohne Lohnverzicht fortbestehen. Dann wird ein Schiedsgericht zusammentreten, das über die Arbeitszeit in den nächsten zwölf Monaten eine Entscheidung fällen soll, und zwar unter der Voraussetzung der Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne.

„Affentheater“ in der Wirtschaftspartei

Berlin, 15. Jan. (Eig. Draht.) Das Schiedsgericht der Wirtschaftspartei, das am Donnerstag in Berlin tagte, hat sich den Spatz geleistet, den Reichstagsabgeordneter Collofer aus der Wirtschaftspartei ausspricht, obwohl er dieser Partei bereits 24 Stunden vorher den Rücken gekehrt hat. Collofer selbst bezeichnete den Spruch des Parteischiedsgerichts mit Recht als „Affentheater“.

Zweierlei Recht in Thüringen

Wolfs, 15. Jan. (Eig. Draht.) In Thüringen gibt es seit der Herrschaft Frias zweierlei Recht. Die bisherigen Nationalsozialisten hatten für Donnerstag eine Versammlung angekündigt. Die republikanischen Organisationen bezogen daraufhin ebenfalls eine Kundgebung ein. Die Veranstaltung der Republikaner wurde verboten, indem sämtliche Anmahlungen auf dem für die republikanische Veranstaltung vorgesehenen Platz für Donnerstag abend unterlag worden sind. Die Versammlung der Nationalsozialisten durfte dagegen stattfinden.

Dauerunruhe in Indien

In Bombay wurden neue schwere Kämpfe befürchtet. Das allindische Kriegskomitee hat einen neuen Streik und einen Feiertag für die Dingerichteten angelehrt. Alle Schulen, Geschäftshäuser und Fabriken sollen geschlossen bleiben.

„Hut ab!“

Die Reverenz der Nazis vor dem Verwaltungsgerichtshof

„Hut ab vor den Richtern . . .“, jubelte der Führer am Mittwoch abend über die Entscheidung des badischen Verwaltungsgerichtshofes wegen des Verbots des Tragens der Hitleruniform.

Außer den Naziregierungen in Thüringen und Braunschweig hat sich bisher noch keine Regierung, keine Behörde, keine Institution der Deutschen Republik einer nur einigermaßen anständigen Behandlung und Beurteilung durch die Nazidemagogen und deren Presse „erfreuen“ können, nicht einmal das Reichsgericht, das sich gegenüber den Nazis bisher wirklich nicht unfreundlich erwiesen hat.

Dem Verwaltungsgerichtshof des badischen „Müchsterlandes“ ist als „republikanische“ behördliche Instanz zum ersten Male die hohe „Ehre“ zuteil geworden, in der Nazipresse gelobt zu werden.

„Hut ab vor den Richtern . . .“
Wir respektieren: der Herr Reichspräsident, der sicher als Soldat und auch als Reichsoberhaupt in altpreussischer Pflichten treue stets seines Amtes waltet, ist von den Nazis schon rüchlos angepöbel worden.

Aber: „Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Alle bisherigen Reichskanzler, mochten sie nun gottverfluchte Nazisisten oder Bürgerliche sein, werden in Hunderten von Naziverfassungen beschimpft und heruntergerissen.

Aber: „Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Außer dem famolen Heimkrieger Fric in Thüringen, dem teufelischen Helben, der eine mordsmäßige Scheu davor hatte, während des Weltkrieges sich feindlichen Kugeln auszusetzen, damit er später fürs Dritte Reich werben kann, und außer dem famolen braunschweigischen Naziminister Franzen, der als Jurist, ehemaliger Richter und Minister Schulleute answindelte, werden von den Nazis alle Minister im Reich und in den Ländern geradezu als Ausföge behandelt. Kein Schimpfmort ist den Nazis zu gemein, um es nicht gegen Minister auszusprechen. Aber:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Die Parlamente, die Gemeindebehörden, überhaupt alle und alle, die in der von den Nazis so verfluchten Republik ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, um unter schmeren Verbältnissen das Reich und das deutsche Volk nicht dem Untergang zu weihen, sind Schurken, Verräter, Zämmerlinge, Tributnechte, Heloten des Judentums, aber:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

In den organisierten Banden der Nazis sitzen gerichtsnotorische Mörder, Betrüger, Sittlichkeitsverbrecher, Diebe und ähnliche herrliche Zeitgenossen. Seit Mittwoch, den 14. Januar im Jahre des Heils anno 1931 neigt sich entzückt Hitlers Chor der Rache und der politischen Erbarmlichkeit und hört auf das Kommando:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Prominenteste Mitglieder der Hitlerpartei haben feierlich gegebenes Ehrenwort gebrochen und sich dessen gerümt, die gesamte Hakenkreuzermannschaft hat dazu jubelt. Jetzt sind diese Herrschaften in den neuen Jubel ausgebrochen:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Es gibt in Deutschland kaum noch einen anständigen Menschen, der von den Hitlerbanden nicht in unfähigster Weise beschimpft und verkleumt worden wäre. Nur ein Kollege erfreut sich ihrer Hochachtung:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Sie sind, wie ihnen der Führer ganz ausdrücklich beheimlichte, Männer von nicht geringem Mut.

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Da können auch wir nicht mehr widerstehen, da müssen wir mitrufen:

„Hut ab vor einem solchen Gerichtshof und vor seinen Richtern!“

NB. Wie wir gestern schon dargelegt haben, verböht der Führer die badische Regierung, weil er viel schneller das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes kannte und propagandistisch auszunutzen veruchte, als die Regierung zu Gegenmaßnahmen schreiten konnte. Dem ist in der Tat so. Noch am gleichen Tage hat die Nazifraktion im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des neuen Uniformverbots fordert und ehe der Innenminister dem Inhalt des Urteils kannte, verarbeitete die Nazimänner schon in der Hitleruniform auf der Kaiserstraße. Sie waren auch schon genau instruiert, was sie den Schulkeulen zu antworten haben, wenn sie angefaßt werden, was ja passiert ist.

Die Gaultierung der Nazis wühte viel fröhlicher als die Verurteilung, was innerhalb der badischen Verwaltungsjuristen gescheit wird; sie konnte rechtsseitig ihre Vorbereitungen treffen. Der Führer hat triumphierend konstatiert, daß die Nazis dieses Verurteilungsrichters ausnützen werden, um die Regierung zu blamieren. Sie scheinen eben über bessere Verbindungen zum badischen Verwaltungsgerichtshof zu verfügen, als die unabhängige Regierung. Ja, ja, es tut sich schon was im badischen „Müchsterland“!

Indien als föderativer Staat

Das Ende der englisch-indischen Konferenz

Die religiösen Schwierigkeiten

Seit neun Wochen arbeitet die englisch-indische Konferenz mit wechselndem Geschick. Viele Kommissionen und Unterausschüsse waren am Werk, private Unterhändler obersten Ranges und Mächte und überall tauchte Macdonald auf, um zu schlichten, zu vermitteln und zu veröhnen. Welche Probleme sich hier aufhäufen, beweist die eine Tatsache, daß es in London nicht einmal möglich gewesen ist, Hindus und Moslems auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Vom ersten Tag an war dieser religiöse Gegensatz das Haupthindernis der Konferenz, er ist es geblieben und bedroht selbst die Arbeiten der Verfassungskommission, deren Ergebnis jetzt auszugeworfen in der englischen Presse veröffentlicht worden ist.

In diesen Arbeiten ist die Frucht der gesamten Londoner Konferenz niedergelegt. Sie ist den gegebenen Umständen nach das Höchstmögliche, was erreicht werden konnte. Die Konferenz überläßt die innere Entwicklung Indiens den Indern, sie gibt dem laienhaft gehaltenen und verpöhlerten indischen Volke einen staatspolitischen Rahmen, der ein Hebel für alle kommenden Fortschritte bilden muß. Im Verhältnis zu England gibt das Mutterland den alten Vorkontinentalpunkt auf. Indien ist auf dem Wege zu einem selbständigen Dominion. Nur einige Ueberbleibsel sollen es von der Zeit trennen, in der es Herr seiner eigenen Karabiner sein wird. England ist mit der Indianisierung der indischen Armee und dem allmählichen Rückzug der englischen Truppen einverstanden. Die indische Frage und die indische Entwicklung wird sich nicht mehr in dem Kampfe Englands und Indiens ausdrücken. Es wird in Zukunft der Kampf der Indier untereinander sein. In welchem staatspolitischen Rahmen sich diese Emanzipierung vollziehen wird, das ist die Bedeutung des soeben bekannt gewordenen Verfassungsberichtes. Indien wird zu einem föderativen Staat

umgewandelt und zusammengefaßt. Die bisherigen absoluten Verträge verzichten auf einen großen Teil ihrer Macht zugunsten der Einzelstaaten und der einzelstaatlichen Verwaltungen. Die Nazis dieser indischen föderation bildet ein Parlament, das aus Senat und Unterhaus besteht. Der Senat wird von den einzelstaatlichen parlamentarischen Institutionen gewählt; das Unterhaus in direkter und indirekter Wahlen, wobei den religiösen Minderheiten, der unterdrückten Klasse, den Arbeitern u. a. eine gewisse Zahl von Parlamentssitzen freigehalten werden sollen. Der Generalgouverneur (Wisekönig) ernannt den Ministerpräsidenten, der sein Kabinett bildet, das wiederum dem Parlament verantwortlich ist und von ihm gestützt werden kann. In der Ueberanzahl bleibt dem Generalgouverneur ein Einwirkungsrecht gegen die Parlamentsschlüsse, das sich jedoch hauptsächlich auf Armeee- und Finanzfragen beschränkt.

Die englischen Konjunkturalisten stehen erklären, sie mühten diesen Zustandbrühen an Indien ihre Zustimmung verweigern. Auch der Führer der indischen Moslems läßt heftige Kritik, weil er den Schut der mohammedanischen Minderheit vermisst und ohne diese Klausel keine Verfassung von den Vertretern der indischen Mohammedaner annehmen werden könnte. Schließlich haben auch die Delegierten der Hindus Sonderwünsche angemeldet.

Die Konferenz ist jedoch zu Ende. Macdonald wird die Stellung der englischen Regierung in einer Memorandum darlegen. Als Ausweg aus der Sackgasse der Sonderwünsche soll jeder Delegiertengruppe überlassen bleiben, ihre Referate dem Verfassungskomitee anzuhängen.

Indien ist auf dem Wege zum englischen Dominion und zur Selbstverwaltung und damit wird, wenn die Politik der Konferenzkommissionenbericht annimmt, der schwerste Stein hinweggeräumt sein, der bisher die innere Entwicklung von Land und Volk gehemmt hatte. Das wird die große historische Bedeutung der Londoner Konferenz sein.

„Ketter“ Deutschlands

Das Kaiserliche Schöffengericht verurteilte zwei Nationalsozialisten wegen schwerer Körperverletzung und unbedingten Waffenbesitzes zu sechs Wochen bzw. drei Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten waren an einer Saufschlacht in Breek beteiligt, zu der sie mit 10 bis 15 Zentimeter großen eisernen Karabinern, die an den Schulterriemen befestigt waren, erschienen waren. Die Prügelei, die eine ganze Anzahl von Verletzten kostete, begann auf den Befehl des preussischen Landtagsabgeordneten Lohbe. Die Angeklagten sind Nummern für sich. Einer, ein Kaufmann, ist wegen Betrugs, ein zweiter wegen unbefugten Waffenbesitzes, ein dritter mehrfach wegen einfachen und schweren Diebstahls verurteilt. Ingesamt haben diese Verurteilten des Dritten Reiches fünf Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust auf dem Buckel. Also berufene Ketter Deutschlands.

Nazirowdys

Hannover, 15. Jan. (Eig. Bericht.) Auf dem Heimweg von einer Verammlung wurde ein Jungbäuer-Kamerad von 12 Nazis überfallen. Mit dem Ruf: „Schlagt ihn tot!“ fiel die Meute über den jungen Menschen her, traktierte ihn mit Knüppeln und schlug ihn zu Boden, wo ihm mehrere Fußtritte versetzt wurden. Ferner erhielt der Überfallene drei Messerstiche in die rechte Hand. Wei-

tere Messerstücke, die nach dem Rücken des Überfallenen geworfen wurden, drangen nicht durch die Kleidung. Als das blutige Schweiß vollbracht war, rückten die Nazis aus und überließen dem Niederbeschlagenen seinem Schicksal. Straßenposten nahmen ihn seiner an und veranlaßten seine Ueberführung in das Krankenhaus. Dort wurde außer den erwähnten Verletzungen noch eine Verrenkung der rechten Schulter festgestellt.

Karl Balloß gestorben

Atlantius und sein Bild in den Zukunftsstaat

In Wien ist nach kurzer Krankheit der frühere Professor an der Berliner Universität, Karl Balloß, gestorben. Balloß war seit 1919 Professor an der letztindischen Universität und seit 1929 Abgeordneter des demokratischen Zentrum in der letztindischen Parlament. Balloß ist vor allem durch seine denkwürdigen staatsrechtlichen Arbeiten bekannt geworden.

Professor Karl Balloß ist, was heute nur noch wenigen bekannt sein dürfte, eine Zeitlang in der deutschen sozialistischen Bewegung tätig gewesen. Schon lange vor dem Kriege hat er unter dem Pseudonym Atlantius eine Schrift unter dem Titel „Ein Bild in den Zukunftsstaat“ im Verlag J. S. W. Dietz, Stuttgart, veröffentlicht. Nach der Novemberrevolution 1918 schloß er sich der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an und veröffentlichte eine Reihe von Aufsätzen über Sozialisierungsfragen in der Berliner Freiheit. Später ging er zum bürgerlichen Lager.

Gemeindepolitik

Landeskongress der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Badens

am 1. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, in Offenburg Saalbau „Drei Rössle“

Tagungsordnung:

- 1. Aufgaben der Gemeindepolitik nach dem 16. November 1930. Referent: Landtagsabg. Georg Reinhold, Mannheim.
- 2. Reich, Länder und Gemeinden nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930. Referent: Reichstagsabg. Dr. Paul Herr, Berlin.

In der gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Rathausfraktionen auf der Konferenz vertreten sind.

Wegen eventueller Quartierveränderung wende man sich an Herrn Metzger, Offenburger, Südstraße 53.

Als Ausweis ist das Parteibuch am Saaleingang vorzuzeigen.

Kommunalspezifischer Ausschuss

Der Vorsitzende: Gustav Zimmermann.

Der Geschäftsführer: Walter Dübendorf.

Krisis der Selbstverwaltung

Es wird uns u. a. geschrieben: Durch die Einsetzung der Staatskommission für Berlin und andere außerordentliche und bauliche Städte in den Zeitungen die Auflösung pertriten worden, daß die Krise der Selbstverwaltung nur in das Stadium einer Tragödie eingetreten ist, da sie völlig verjagt habe. Man muß die Entwicklung der letzten Zeit in der Tat beobachten, mit einer oberflächlichen Betrachtung und Kritik, wie dies meistens geschieht, ist aber nichts davon und vor allem das Problem nicht erkannt und nicht gelöst.

Die Schwierigkeiten, die der Selbstverwaltung erwachsen sind, liegen überhaupt nicht darin, daß die Gemeinden außerstande wären, sich selbst zu verwalten, oder daß es am guten Willen oder an der Fähigkeit dazu liegt, denn die glänzenden Erfolge der Selbstverwaltung im letzten Jahrhundert beweisen direkt das Gegenteil.

Der Grund für die vorerwähnten Zustände ist vielmehr in der allgemeinen Not, die durch den verlorenen Krieg verursacht ist, und welche in der Beteiligung der finanziellen Vermögensgegenstände und Gemeindeförderung der letzten zwanzig Jahre, Ländern und Gemeinden zu liegen. Das Schwergewicht der Selbstverwaltung lag bekanntlich von jeher auf finanziellen Gebieten.

In der veranwortungsbehafteten Überwälzung des finanziellen Gleichgewichts zwischen den zur Verfügung stehenden Einnahmen und den meist selbst bestimmten Ausgaben. Die dem Einfluß der Gemeinden entzogene Gesetzgebung selbst hat aber diese gelungene Grundlinie verlassen und die Gemeinden in finanzielle Abhängigkeit von Reich und Land gebracht sowie den meisten Grundbesitz beseitigt, das eine wirkliche Selbstverwaltung nur möglich ist, wenn diejenigen Kreise, die in den Gemeindeparlamenten die politische Macht ausüben, auch die finanzielle Verantwortung für die Einnahmen und Ausgaben tragen. Dazu kam die reichs- und landesrechtliche Übertragung von so wichtigen Aufgaben an die Gemeinden, ohne zu prüfen, ob sie auch in der Lage waren, diese Aufgaben finanziell zu meistern. Kein Wunder, wenn die Gemeinden in insbesondere die kleinen und leistungsschwachen Gemeinden am Ende ihrer Kraft stehen, wenn es nun fast keinen Ausweg mehr gibt, um aus dem Zustand der finanziellen Tristesse herauszukommen, und wenn vor allem die Bevölkerung oppositionell gegenüber ist und neue gemeindliche Steuern runderhand ablehnt.

Der völlig verkehrte und verantwortungslos ist es, diese Zustände der Selbstverwaltung zur Last zu legen, zumal wenn man beachtet, daß die politischen Verhältnisse im Reich und in den Ländern zum mindesten nicht besser sind, trotzdem diese es stets erlauben haben, bei der Steuer- und Verteilungswirtschaft sich zu zeigen.

Der Selbstverwaltung steht leider ein dem Notverordnungrecht des Reichspräsidenten entsprechendes Notbeschlußrecht beim. Verordnungen der Gemeindeparlamente sind zur Verfügung, sonst würde ein finanzielles Eingreifen gar nicht notwendig sein. Im übrigen haben, wie die Zeitschrift „Der Städtebau“ 1930 Seite 574 mit Recht ausführt, Staatskommissionen schon einmal im 18. Jahrhundert dazu beigetragen, die kommunale Selbstverwaltung zu erschöpfen und damit den Zusammenbruch des Staates zu beschleunigen.

Man der Krisis der Selbstverwaltung sind die kleinsten und mittleren Gemeinden bis jetzt erfreulicherweise nicht in demselben Maße ergriffen worden, wie die Großstädte, obwohl die Finanzschwäche auf dem Lande oft ungleich schlechter ist als in den Städten, die wenigstens in ihren Wirtschaftsbetrieben um den notwendigen finanziellen Vermögensgegenstand und die Möglichkeit haben, ihre Gemeindeförderung in vernünftigen Grenzen zu halten. Wenn die Selbstverwaltung auch hier scheitert, weil die Gesetzgebung kein ausreichendes Verständnis für die wirklichen Bedürfnisse des Landes hat, werden wir uns nicht wundern dürfen. Der Verband der Gemeinden kämpft bekanntlich seit Jahren vergebens für einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen Stadt und Land, insbesondere auf dem Gebiet der Steuerverteilung, der Straßenreinigung, des Feuerwesens usw., um wenigstens die ärmeren Gemeinden mit Steuerföhen von 8 und 4 M. von 100 M. Grundbesitz gegenüber nur einem Bruchteil davon in den Städten zu verhalten zu lassen. Aber weder Regierung noch Landtag haben sich bisher dazu entschließen können, auch nur die allergeringsten in dieser Hinsicht bestehenden Angelegenheiten zu berücksichtigen. Selbst die 11 baulichen Kreise, die, solange es an einer entsprechenden Gesetzgebung fehlt, zunächst dazu berufen wären, haben nichts unternommen, um den kleineren und leistungsschwachen Gemeinden unter die Arme zu greifen und sie vor dem völligen Konkurs zu bewahren.

Die Schwächen haben in übrigen die Reichs- und Landesregierungen auch dadurch angegriffen, daß sie der Selbstverwaltung eine unzulässige Vermischung von Verwaltung und Wirtschaft vorgeworfen haben, obwohl sie wissen, daß dies für die große Zahl der kleinen Städte und Stadteingemeinden nicht zutrifft.

Im übrigen war eine Einschränkung in den Ausgaben oft gar nicht möglich, weil die Gemeinden mitunter größere, durchaus nicht unangehörige Unternehmungen nur durchführen mußten, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und weil häufig die Staatsbehörden finanzielle Einrichtungen im Auftragswege verlangten, an die in besseren Zeiten niemand gedacht hat.

Zusammenfassend darf man jedenfalls sagen, daß die Krisis der Selbstverwaltung auf verschobenerlei Fehler zurückzuführen ist und nicht auf die Selbstverwaltung allein. Vom Standpunkt der Gemeinden der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie bemüht oder nicht die Selbstverwaltung schon deshalb geschloffen, daß sie nicht tun und getan haben, um einen vernünftigen Finanz- und

Aus dem Gerichtssaal

Verstüßter Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung

Im Karlsruhe, 13. Januar. Wegen Urkundenfälschung, Betrugsverstoßes, sowie Beihilfe hierzu hatten sich heute vor dem Karlsruher Schöffengericht I (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) der 18jährige Schmied Karl M., der 26jährige verheiratete Kaufmann Karl B. und der 24jährige ledige Schmied Karl S. sämtliche aus Graeben u. veranworteten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 21. Juli u. J. in Graeben dem Barth eine Arbeitslosenunterstützung, sowie einen An- und Abmeldeerschein zur Krankenkasse ausgehändigt zu haben, wonach Messer vom 14. bis 20. Juli bei dem Schmiedemeister Blau in Graeben in verdingungsähnlichem Arbeitsverhältnis angestellt war, und wonach er aus Arbeitsmangel entlassen wurde, obwohl dies in keiner Weise den Tatsachen entsprach. Blau ist beschuldigt, die Scheine mit dem Stempel seines Betriebs versehen zu haben. Messer legte die Verdingungen bei der Krankenkasse auf dem Rathaus vor, in der Absicht, Unterstützung zu erlangen; mit der Beihilfeneinreichung er die Sperrfrist für die Arbeitslosenunterstützung zu umgehen, die verhängt war, weil er aus seiner letzten Arbeitsstelle aus eigenem Verschulden entlassen worden war. Die Fälschung wurde jedoch erkannt und es kam nicht zur Auszahlung der erhofften Unterstützung. Die Angeklagten waren im großen ganzen geständig. Barth hatte die Papiere ausgehändigt, während Blau den Stempel seines Betriebs zur Verfügung gestellt hatte. Der Anklagenrichter beantragte gegen Messer zwei Monate, gegen die Mitangeklagten je vier Wochen Gefängnisstrafe. Der Verteidiger des Blau, Rechtsanwalt Marx, trat für eine Geldstrafe an Stelle einer verhängten Freiheitsstrafe ein. Das Schöffengericht verurteilte Messer wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsverstoßes zu fünf Wochen Gefängnis, Barth wegen Beihilfe zu drei Wochen, Blau wegen Beihilfe zu 10 Tagen Gefängnis. Den Angeklagten, die sich dem Urteil unterwarfen, wurde Strafurlaub auf Wohnverhältnissen im Wohnortstrafe erteilt. Barth und Blau haben außerdem Geldbußen in Höhe von 50 bzw. 30 M. zu erlegen.

7 Jahre Zuchthaus

Freiburg, 14. Jan. Eine kriminell stark belastete Vergangenheit hat ein 42 Jahre alter Schuhmacher aus St. Blasien, der den gleichnamigen Vor- und Zunamen Paul W. auf führt. Im Jahre 1918 erkrankte er in Freiburg eine Frau, die ihn bei einem Einbruchsdiebstahl in ihrer Wohnung überfallen und wurde für die Untat zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Leistungsungleichheit zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Städten und Gemeinden herzustellen, so daß die kleinen Selbstverwaltungsorgane für die durchweg außerordentlichen, ihre Pflichtaufgaben noch zu erfüllen. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht auch die Selbstverwaltung da und dort Fehler begangen hat und jede Möglichkeit noch auszunutzen muß, um überall, wo es geht, nach dem Recht zu sehen und die Entwicklung in Wohnen zu lenken, die dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standpunkt aus erträglich sind. Die Gemeinden sind sich wohl bewußt, daß mit den Rechten der Selbstverwaltung auch Pflichten verbunden sind, die erfüllt werden müssen, und sie werden sicherlich von selbst alles tun, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu meistern. Bedingung dafür ist aber, daß Reich und Länder die Voraussetzungen für ein verantwortliches Arbeiten in der Selbstverwaltung schaffen und damit den ersten Schritt tun, um die letzten Krisenereignisse in der durch allerlei außerordentlich ihres Machtbereichs liegenden Maßnahmen bezogenen Selbstverwaltung zu beseitigen.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratssitzung vom 14. Januar

Nach Vorberatung in den Fraktionen hat der Stadtrat den Antrag der Stadtpolizei auf Herstellung des zweiten Teils der Turmbergstraße genehmigt. Die Angelegenheit wird den Bürgerausschuß voraussichtlich am Mittwoch, 21. d. M., beschäftigen. Auf Veranlassung des Reichsbahnbetriebsamtes Karlsruhe werden an den beiden Weidberggängen des Hdt. Industrieleises je zwei vorläufige Wartenzüge aufgestellt. — Freiburger von Schilling hat Antrag auf Zuteilung seiner abgeleiteten Gemarlung (Hohenwetzelsbach) zur Stadt Durlach gestellt. Der Stadtrat steht diesem Antrag grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Vor endgültiger Beschlussfassung müssen jedoch noch weitere Verhandlungen geführt werden. — Die Straßensanierung der Friedrichstraße zwischen Haupt- und Pfingststraße wird der Herzberger Straße angeschlossen. — Verschiedene Gesuche um Nachlass bzw. Ermäßigung der Vermögenssteuer werden verhandelt. — Von der Neuwahl der Organe der Dreivierteljahrversammlung Durlach-Aue wird Kenntnis genommen. — Das Gesuch der Karl Schenker'schen Eheleute um Übertragung der Wirtschaftsverwaltung vom Hotelrestaurant Prinz Ludwig in Karlsruhe nach der Gastwirtschaft zur neuen Karlsruher Durlach wird befürwortet. — Gegen die vom Bezirksamt norgeschlagene Regelung der Tenselstiftungen im Jahre 1931 werden Einwendungen nicht erhoben. — Die in diesem Jahre im Fallbruch angefallenen fönadischen Pappeln werden aus der Hand gegeben. — Vom Tätigkeitsbericht des Standesamtes für das Kalenderjahr 1930 wird Kenntnis genommen. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt rund 1800, dazu kommen noch 45 Fürsorgearbeiter.

Die Jahreshauptversammlung der Arbeiterwohlfahrt fand Mittwoch abend in der Lessingschule statt. Der Besuch ließ sich wünschenswert, wie überhaupt das Interesse der Parteigenossen und Genossinnen an der Arbeiterwohlfahrt entschieden ein größeres werden muß, wenn sie ihren vollen Stellenwert in hohem Maße sozialen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden soll. Auch die Mitgliedschaft bei der Arbeiterwohlfahrt sollte unbedingt umfangreicher werden. Der geringfügige Jahresbeitrag dürfte noch bei manchem unserer Genossen und Genossinnen taumel ein Hindernis sein. Der Tätigkeitsbericht gab die 2. Vorsitzende, Genossin Bessel, danach an, am 1. Februar 1930 der bisherige Mißstand sei in die Mithgenossen über. Die Hauspflege erforderte 14 Sitzungen, 65 Hauspflegestellen wurden getätigt. Die Kindererholungsstätte auf dem Turmberg brachte wiederum eine Fülle von Arbeit, 135 Kinder wurden durch diese Fürsorge erlöst. Die Nähtische für erwerbslose Frauen und Mädchen wurden wie in früheren Jahren im Benehmen mit dem Arbeitsamt durchgeführt. Daran beteiligten sich 67 und in Stadtteil Aue 41 erwerbslose Frauen und Mädchen. Daneben fanden noch verschiedene freiwillige Nähtische statt, woran

Nach Verbüßung von über elf Jahren legte man ihn mit einer Bewährungsfrist bis zum Jahre 1935 auf freien Fuß. Nach einer einjährigen Tätigkeit bei einem Landwirt in Tengenbrunn landete Paul im Herbst 1930 wieder in Freiburg auf. Hier führte er in kurzen Abständen eine Serie der verwegendsten Diebstähle aus, bei welchen ihm zusammen über 1800 M. in die Hände fielen; einem Bauernknecht in Gschweiler bei Neustadt, der ihm unvorsichtigerweise den Rest seiner Erparnisse verraten hatte, stahl er 270 M. Die gestohlenen Geldbeträge verschwendete er größtenteils an eine der berühmtesten Straßenbühnen Freiburgs. Im Begriff, einer Gastwirtschaft im Stadtteil Stühlinger in Freiburg einen Diebesbesuch abzuhalten, wurde Paul in die Flucht gejagt, von seinen Verfolgern nach einer wilden Jagd aber eingeholt und der Polizei übergeben. — Das Schöffengericht verurteilte ihn heute erneut zu sieben Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Ein Schnipselprozess

Unter großem Andrang des Publikums wurde vor dem Schöffengericht in Pforzheim ein Schnipselprozess verhandelt. Er richtete sich gegen die 34 Jahre alte Kabinettangestellte Emma Böhmeler von Dillstein, die unter großem Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens ihrer Firma seit Dezember 1924 fortgesetzt Goldabfälle im Gesamtwert von 18.300 M. entwendete. Ihr Ehemann, der 35jährige Mechaniker Richard Böhmeler, sowie der 41jährige Feingehilfen Karl Sachmann waren wegen Schleichmittangelegenheit. Schließlich lag noch der 86 Jahre alte Goldschmied Friedrich Böhmeler, der seinen Arbeitgeber um rund 1300 M. schädigte, auf der Anklagebank. Die Eheleute Böhmeler haben feierlich auf der Anklagebank. Sie hatten guten Verdienst. Durch ihrer Unrechthaltung verschafften sich die beiden Ehemänner 1.2. dazu Dienste, eine mechanische Werkstatt einzurichten. Bei einer Durchsichtigung wurden jedoch zwei Sparbücher über je 4500 M. gefunden. Auch legten sie sich ein wertvolles Personenauto zum Kaufpreis von 2500 M. zu. Frau Böhmeler war schon vor Jahren einmal wegen Diebstahls mit fünf Wochen Gefängnis bestraft worden und hatte es dem Entgegenkommen der Firma, bei der sie auch fernerehin beschäftigt wurde, zu verdanken, daß Bewährungsfrist auf Wohnverhältnissen zugestanden wurde. Alle Angeklagten waren in der Verhandlung geständig. Frau Böhmeler wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, während der Ehemann ein Jahr sechs Monate Zuchthaus erhielt. Gegen Sachmann wurde auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr erkannt, Friedrich Böhmeler kam mit vier Monaten Gefängnis davon.

sich durchschnittlich 25 Frauen und Mädchen beteiligten. Die tatkräftige Unterstützung der Stadtverwaltung bzw. des Fürsorgeamts bei der Kindererholungsstätte wurde nachdrücklich hervorgehoben und allseitig anerkannt. Den Respektbericht gab Gen. Bessel, der die Finanzabteilung gründlich durchsucht und verschiedene Winke gab. Der Respektbericht des Gen. Storch erwies die gesunde finanzielle Grundlage, wenn auch selbstverständlich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier tiefe Spuren hinterlassen. Gen. Bessel stützte allen Funktionären für ihre selbstlose und aufopferungsvolle Arbeit höchst lobende Anerkennung und dank ab. Genossin Bessel ergänzte als Leiterin der Nähtische nach dem Jahresbericht nach dieser Seite hin, ferner wurde noch festgestellt, daß von circa 150 Familien Weihnachtspakete gegeben wurden.

Die Ansprache war nur kurz. An ihr beteiligten sich die Genossen Bessel, Hofmann und Mohr, sowie die Genossinnen Bessel, Bessel.

Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: als 1. Vorsitzender wurde Gen. Bessel, als 2. Vorsitzender Genossin Bessel, als Kassier wiederum Gen. Storch, als Schriftführer Genossin Bessel und Gen. Bessel bestimmt. Als Revisoren fungieren die Genossen Mohr und Blasgrat, als Beisitzer die Genossinnen Bessel, Müller und Bessel. Zum Schluß wird noch ein Schreiben des Kleingartenvereins bekannt gegeben, worin auch für die diesjährige Kindererholungsstätte, wenn es die Verhältnisse irgendwie gestatten, Beihilfen in Form von Gemüselieferungen in Aussicht gestellt werden. Diese Mitteilung wird lebhaft und mit Dank begrüßt, wobei Genossin Bessel auf die im letzten Jahre bereits gegebenen ähnlichen Beihilfen verweist, die sich für die Kindererholungsstätte sehr gut auswirken hätten.

Wasserstand des Rheins

Basel 19, gef. 3; Waldshut 210, gef. 2; Schaffhausen 75, gef. 1; Rehl 223, gef. 2; Murgau 401, gef. 52; Mannheim 302, gef. 11 Strm.

Auskünfte der Redaktion

- K. V. Wenn Sie einer der Rindungen widersprochen haben — insbesondere diejenige durch das Amtsgericht —, so genügt es vorerst, wir raten Ihnen, dem Richterhubsverein Durlach die Sache zur weiteren Erledigung zu übergeben.
- M. W. Es ist nicht unsere Aufgabe, unkontrollierbare Nachrichten aus dem Reichs-Muffin zu verbreiten.
- K. S. Es gibt verschiedene Mittel, a. B. Baseline bei spröder Haut, bei Rundläusen Hirschorntals. Bei hirtartigen Fällen empfiehlt sich, den Arzt aufzusuchen.
- K. A.-g. Es sind einige Gerichtsurteile ergangen, daß in den Hauptgrundfunktionen der Rundfunkempfang nicht gestört werden darf. Das ist täglich von 12-14 Uhr und von 20-24 Uhr. Wir empfehlen Ihnen, diese Zeiten zu beachten. Es bestehen technische Möglichkeiten, die Störung zu beseitigen durch Anbringen eines Blotfondators. Wenden Sie sich an die Sendegesellschaft „Südwest“ in Stuttgart. VIELLEICHT übernimmt diese die Kosten für die Beseitigung der Störung.
- Kümbach, Landesarbeitsamt für Süddeutschland in Stuttgart, Denselstraße 1 (Postfach 1034).
- S. S. Durlach, Geben Sie der Gewerkschaftsleitung schriftlich davon Kenntnis, daß Sie den Religionsunterricht nicht mehr besuchen. Diese Form genügt vollst. Sie können zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht gezwungen werden.

Gesellschaft: Georg Schilling Verantwortlich: Politik, Freiburg, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, S. Granebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine bauliche Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neustetten, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Erhard Arndt, sämtliche Wohnort in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund und G.m.b.H., Karlsruhe.

SPARSAM UND ZUVERLÄSSIG

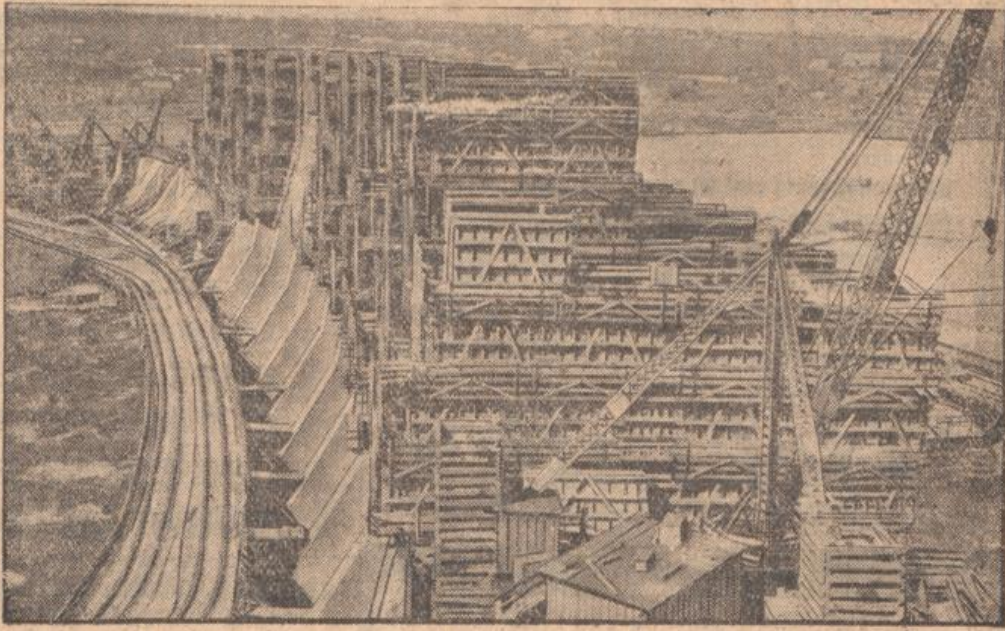
Peters Union

REIFEN FÜR KRAFTRAD UND FAHRAD

BILDER VOM TAGE



17 Dampfer in der Ostsee eingetroffen. Märchenhafte Aufnahme, aber gefährliche Situation. Die Eisblöcke zertrüben auch die stärksten Schiffswände, wenn keine Hilfe naht. Die 17 Dampfer sind in der vereisten Ostsee vollständig eingetroffen und warten auf Hilfe. Die russischen Eisbrecher „Krasin“ und „Zerjal“ sind bereits ausgesandt worden, um die Schiffe, darunter mehrere deutsche, zu befreien.



Russland baut das größte Kraftwerk Europas. Kraftwerk Dniepropetro, an dem Nacht gearbeitet wird. — Am Dniepr geht das größte Kraftwerk Europas seiner Vollendung entgegen. Die mittleren Staudämme des Kraftwerks Dniepropetro sind bereits fertiggestellt, ebenfalls die Brücken über den alten Dniepr. Sicherhaft wird an dem ungeheuren Werk gearbeitet, dessen einzelne Bauabschnitte alle zur festgesetzten Zeit vollendet wurden.



Und wieder einmal Ratstagung in Genf

Schwer bepackt ziehen sie an, aber ebenso werden sie auch wieder fortgehen.



„Bravo, du kannst meine Kondenzwünsche gleich mitausrichten!“



Zur Tagung des Europaausschusses des Völkerbundes. Die Deutsche Delegation. Oben: Reichsaussenminister Dr. Curtius und Ministerialdirektor Dr. Gaus. Unten: Ministerialdirektor Dr. Ritter und Ministerialdirektor Dr. Woffe.



Mit den Skiern hinaus in die Freiheit. Draußen in der Weite der schimmernden Berge erobert sich der Großstädter eine neue, herrliche Welt. — Mit den schmalen Brettern beladen, wird schon im Morgengrauen von den grauen Häusern der Stadt Abschied genommen.



Mit dem Schnell-Gleitboot in dreieinhalb Tagen über den Pacific
Leutnant William Burch
beim Ausprobieren der Radio-Telephonanlage
Leutnant William Burch, ein berühmter amerikanischer Flieger, hat ein Schnell-Gleitboot konstruiert, mit dem er in dreieinhalb Tagen von Los Angeles nach Honolulu fliegen will. Das Boot ist unter strenger Beobachtung der Stromlinienform nach Flugversuchsprinzipien konstruiert. Leutnant Burch wird während der Überfahrt durch eine automatische „Robot“-Steuerung abgelenkt werden.



Fried verbietet republikanische Versammlungen



„Es muß mir endlich doch gelingen...“

... den Paragraphen in die rechte Form zu bringen!“

Nur noch 3 Tage dauert unser Inventur-Ausverkauf

Um vollständig zu räumen wurden die Preise für viele Artikel nochmals herabgesetzt. Nehmen Sie diese große Spargelegenheit wahr!
Neu eingetroffen und ab Freitag mittag im Verkauf:
Großer Fabrik-Lagerposten Gardinen
Halbs oves am Stück und abgepaßt, Spannsauf, Landhausgardinen, Brise-Bises, Garnituren etc. weit unter regulärem Wert!

Auf unseren Einheits-Preistilchen neue Sonderangebote



Boländer
DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN

Einig sind sich Frau'n und Männer



FELS-BIER

ist das Bier der Kenner!

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr, Beginn der **internat. Ringkampfkonkurrenz**

zur Ausscheidung um die Weltmeisterschaft 1931.
Dazu das ausgesuchte Variété-Programm mit der wissenschaftlichen Attraktion

Helmut Lichterfeld
Bedeutend ermäßigte Eintrittspreise

KAFFEE BAUER

Heute Freitag, 16 Uhr nachmittags

ELITE-KONZERT

der Kapelle Franz Oseneck

EINLAGE: 1187
Alto- u. Tenor: Klengel
Menoett: Werkmeister
Solist: KARL SCHELLENBERG

20.30 Uhr abends

Operetten- und Schlager-Abend

Maskenverleih

von 2.- bis 4.- Mark
Schiller, Amalienstrasse Nr. 22

Amtliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Dr. E. Schrich Solawarenfabrik in Karlsruhe, Baden wurde heute vormittags 11 Uhr Konturs eröffnet. Kontursverwalter ist Rechtsanwalt Stufele in Karlsruhe, Kaiserstraße 140. Kontursforderungen sind bis zum 5. Februar 1931 beim Obersteuerrichter, Termin zur Wahl eines Verwalters eines Gläubigerverbands, zur Entziehung über die in § 132 der Kontursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen in am Freitag, den 13. Februar 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtenstraße 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Der Gegenstand der Kontursmasse bezieht sich auf die Sache, die der Firma Dr. E. Schrich am 13. Februar 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtenstraße 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234, den 5. Februar 1931 am Amtsgericht Karlsruhe, den 8. Januar 1931, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Im Kontrahieren über das Vermögen der A. Wälder & Co. G. m. b. H. Schneiderbedarfartikel, Futterstoffen und Wollwaren waren aber in Karlsruhe für die Aufnahme der Schlichtung sowie zur Festlegung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlichtermin bestimmt auf: Freitag, den 13. Februar 1931, vormittags 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtenstraße 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 154, Karlsruhe, den 8. Januar 1931, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

WEIZ. Lebensmittel

Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Futterbohnen 13 Pfund	Schweineschmalz 68 Pfund	Linzen 19 Pfund
Futter-Haferhocken 19 Pfund	z. Backen u. Brotaufstrich	Ital. Vollreis 24 Pfund
Vikt.-Erbsen 24 Pfund	Spezial-Bierwurst 1.25 Pfund	Grieß, gelb 28 Pfund
Erbsen, grün, 1/2, ungesch., 1/2 24 Pfund	uns. „weitbekannte Qualität“ Pfd.	Speisesalz 25 Pfund

Frische Landbutter 1.25 Pfund	Tafelöl 34 Liter	Frische Molkebutter 1.44 Pfund
Fetter Speck 98 Pfund	Camembert vollfett 34 Pfund	Bismarckheringe 1 Ltr.-D. 80 Pfund
Kasseler Rippenspeck 1.45 Pfund	Limburger im Ganzen 46 Pfund	Rollmops 1 Ltr.-D. 45 Pfund
Schlackwurst in Fett 55 Pfund	Allg. Münsterkäse vollfett 30 Pfund	Heringe in Gelee 1/2 Ltr.-D. 20 Pfund
Salami 1 Pfund	Edamer, vollfett 30 Pfund	Bismarckheringe 3 Stück 20 Pfund
Schweinekopf in Gelee 45 Pfund	Vesperkäse Tils. 1/2 Pak 40 Pfund	Rollmops 1 Stück 20 Pfund
ohne Knochen 45 Pfund	Allg. Romadur 20% 2 Litr. 48 Pfund	Süß-Bücklinge 50 Pfund
Leberwurst 45 Pfund		
Metzwurst Einheitspreis 45 Pfund		

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

VOLKSHAUS

Schützenstraße 16

Sonntag ab 6 Uhr

Großes Sonder-Konzert

ausgeführt von einer Abteilung der Badischen Polizeimusiker

Eintritt frei! Kein Aufschlag!

Um geneigten Zuspruch bittet
H. Hopp und Frau.

Während des

Inventur-Ausverkaufs

gewähren wir trotz unserer bekannt billigen Preise

20% Rabatt

B. Borgwardt & Co.
Karlsruhe, am Stadtgarten 7

Herrn- und Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Dem Katenkaufabkommen der Bad. Beamtenb. angeschl.

Kaffee Bauer Morgen Samstag Kostümball

Decorierter Räumlichkeiten 2 Kapellen
Eintritt frei

Nehmt Musikunterricht!
d. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes Lehreradressen erhält. in den Musikalienhandlungen

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Baumstraße 23, 2. St. III
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im Kaffee Bauer, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 Uhr

Badisches Landestheater
Freitag, 16. Jan
Sondermiete
„Reithaus“
(3 Vorstellungen der Abteilung II rote Karten)

Resi

Lichtspiele Tel. 5111
Walstr. 30

W: 4.00 6.15 8.30

S: 3.00 4.30 6.30 8.30

Alle Vorstellungen aufgehoben

Es wird bill. gehalten, die Aufpasserinnen abgeholt

Menichen im Käfig

Deutschlands bedeutendsten Charakter-Darsteller

Heinrich George	Conrad Veidt
Fritz Hofmann	Tala Birell

Pa-Li

100% ige Tonfilm

Ein Walzer im Schlafcoupe

Lucie Englisch Fritz Schütz Trude Bertiner

Palast-Lichtspiele Herrenstr. 11

Wochentags: 1.00, 6.15, 8.30

Der Friede der Welt soll Gemeingut aller Völker der Erde sein!

Selten ging durch ein Lichtspielhaus eine solche Erschütterung! Sehen wohl hat ein Filmwerk die Seelen und das Gewissen der Menschheit so wachgerüttelt wie dieses!

Den Frauen und Müttern gewidmet

Der Herzschlag der Welt

Ein Frauen- und menschenschicksal aus unserer Zeit!

Ein Friedenssepos - Ein Film der Menschheitsverbrüderung u. -Verständigung

Lillian Gish

die Frau, die alle Herzen rührt, feiert ihren größten Triumph als größte dramatische Darstellerin der Leinwand. Sie durchlebt ein Mädchen- und Frauen-schicksal unserer Generation, durchlebt es mit all der Innigkeit und Zartheit ihres Wesens mit dem eigenartigen Lichte der diese wunderbare Künstlerin siez reiner Menschlichkeit über Völkern und Klassenkampfen davor tragen läßt

UNION-THEATER

4.00 6.15 8.30

Reichs-Gründungsfeier

zur

60. Wiederkehr der Reichsgründung

Sonntag, 18. Januar 1931, vormittags 12 Uhr, im großen Saale der Festhalle unter Mitwirkung des Badischen Landes-theaterorchesters

Leitung: Generalmusikdirektor Josef Reips

Vortragsfolge:

1. Meisterfingervorspiel, Richard Wagner
2. Festansprache:
Professor Dr. Holl von der Technischen Hochschule Karlsruhe
3. Deutschlandlied
4. I. Sinfonie C-dur L. van Beethoven

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen.

Eintritt unentgeltlich.

Das Staatsministerium
Der Oberbürgermeister

Der Mann, den sein Gewissen trieb

von Maurice Maeterlinck
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram Rauendorfer, Genter, Dahlen, O. Renscher, Müller, Schulte, Luther

Anfang 20 Uhr
Ende nach 22 Uhr

Pa. 17 I Das Lamm des Armen. So 18 I nachmittags Die Sache, die ich liebe nennt sich Carmen. Am Sonntag: Die Meise der Welt und ich. Wo 1. Elisabeth von England.

Das Konto X
Ein Stück von Bernauer und Cellerreiter
Regie: Vera Altmann, Hermann Genter, Rühoff, Selma, Hebelein, Brand, Gemmede, Höder, Just, Klobie, Kühne, Wehner, Müller

Anfang 20 Uhr
Ende nach 22 Uhr
Kein Kartenverkauf!

Restentwürfe, in Damen, Nr. 14, antike und moderne, preisw. zu verkaufen, Kar. W. Heim, Str. 1a, I St. r. 85

Restentwürfe (Zanzibar), Nr. 42-44, wie neu, zu verkaufen, G. Mathystr. 42, Stb. III r.

Die Antwort des Bürgermeisters Schöpfle Langensteinbach

Herr Bürgermeister Schöpfle, Langensteinbach, schreibt uns: Auf Ihren Artikel vom 10. d. M. möchte ich erwidern, daß es oft gefährlich ist, Bürgerausschüsse abzuwürgen. Vor einigen Jahren ließ Herr Randel (Kaltwert Jittersbach) ein Projekt für eine Vollbahn von Wilsberg nach Jittersbach fertigen, mit Zustimmung einiger Bürgermeister und Gemeinderäte. Wie die Pfingstgemeinden damals von Herrn Randel um Tausende gepöblt wurden (ohne Bürgerausschüsse) das beweist der Prosech Randel-Gemeinde (ohne Bürgerausschüsse) bei welchem letztere schwer zahlen mußte (nom höchsten Gerichts verurteilt). Vom letzten Kaltwertbesitzer in Jittersbach sollen die Gemeinderäte hineingetrieben werden. Hiergegen Front zu machen ist unsere Pflicht. Die Stadt Pforzheim erklärte an dem Bahnbetrieb Wilsberg-Jittersbach, die Zahlung von 2000 M für den Monat Januar bis das letzte. Daraufhin habe ich die schriftl. Erklärung vom 7. 1. 31 abgegeben, damit unsere Gemeinde nicht vom Kaltwert gepöblt werde wie die Pfingstgemeinden bei der Vollbahn. Es wäre doch ein unverantwortliches Unternehmen, wenn keine arme Gemeinde das durchführen wollten, was dem Kreis Karlsruhe finanziell unmöglich war.

Nachdem nun die Stadt Pforzheim neuerdings wieder Interesse zeigt, werden auch wir uns wieder den Verhandlungen anschließen, denn ohne eine Finanzkraft wie sie die Stadt Pforzheim repräsentiert, ist das ganze Unternehmen unmöglich. Unmögliches aber zu erreichen suchen, ist Unfinn.

In einer solchen Sache aber jeden Tag den Bürgerausschuß zu haben ist nicht anständig.

Mehr als die Gemeinde Langensteinbach gepöblt hat, hat im Verhältnis keine andere Gemeinde gekostet. Zum Bahnbau i. Zi. gab unsere Gemeinde einen verlorenen Zuschuß von 2000 M (Jittersbach nur 12000 M und Dierren, das jetzt die höchsten Töne anstimmt, nur 20000 M). Ferner hat auf Vermittlung des unterzeichneten Bürgermeisters die Gemeinde Langensteinbach der Weag auf dem Weg über den Kreis Karlsruhe eine Million Mark geliehen (= 63000 GM). Der Erlös aus über 8000 Hektar Stammholz, weil die Herstellung des Bahnkörpers und des über den Krieg heruntergewirtschafteten Materials dringend nötig, aber kein Geld dazu vorhanden war. Mehr als unsere Gemeinde früher und jetzt durch den unterzeichneten Bürgermeister für die Erhaltung der Bahn getan hat, hat also im Verhältnis keine andere Gemeinde getan.

Langensteinbach, den 14. Januar 1931.

Schöpfle, Brantgr.

Unter Berichterstatter schreibt uns zu diesem Brief: Daß wir Herrn Schöpfle zu einer Antwort herausforderten etc. bringt den Beweis, daß wir uns der Verantwortung über alle bestehenden Schritte bewußt sind. Nun haben wir schwarz auf weiß die Bürgermeisterantwort. Die Ausführung der damaligen gerichtlichen Auseinandersetzung der Pfingstgemeinden mit Herrn Randel ist ja gar kein Vergleich mit der derzeitigen Lage der Verbände, denn niemand hat Herrn Randel beauftragt, im Namen der Gemeinde Schritte zu unternehmen, sondern es handelt sich lediglich um eine Sondierung der Volksgemeinschaft, ob auch die Strecke Jittersbach-Wilsberg erhaltungsfähig wäre.

Wenn Herr Schöpfle meint: „Unmögliches aber zu erreichen suchen, ist Unfinn“, so weiß man eigentlich nicht, ob dieser Satz auf den Bürgermeister selbst wieder zurückfällt; denn er wollte doch letzten Endes (auch den Unterbau der Bahn preisgeben; er sprach doch vom Herausreißen der Schienen am 1. Februar, oder himmelt nicht?) Der Bürgerausschuß ist sicherlich in seiner Mehrheit froh, wenn er sich nicht so oft mit der Bahngeschichte befassen muß, aber gerade dieser Bürgerausschuß darf nicht leichtfertig handeln in der jetzigen Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes. Wenn wieder 6 bis 8 Seiten kommen, dann wird man sich doch auch mit der Elektrifizierung der Strecke befassen müssen. Über eine schienenlose Bahn wird vorläufig hinaus ins obere Mittel unumgänglich sein.

Wenn Herr Bürgermeister auf seine Tätigkeit im Interesse der Gemeinde bei früheren Bahnanträgen abhebt, so soll dies anerkannt werden. Aber es war doch auch seine Pflicht, als Bürgermeister die Interessen der Gemeinde zu wahren. Die Stellungnahme des Kreises bei der damaligen Billigung neuer Zuschüsse ist einem Mehrheitsbeschuß zu verdanken, und haben somit alle Verantwortlichen den Rücken zu unternehmen, und ausbrüchlich, daß die Tausende von Mark die den Pfingstgemeinden damals verloren gingen ohne Bürgerausschüsse verurteilt wurden. In seiner Gemeinde muß doch der Bürgerausschuß die Verantwortung zu übernehmen, weshalb doch dieser Hinweis aus Überflüssigkeit ist. Wenn Herr Bürgermeister auf die unbedingte finanzielle Beteiligung der Stadt Pforzheim abhebt, so wollen wir Herrn Bürgermeister empfehlen, vielleicht auch einmal bei der Stadt Erlangen anzuklopfen, den u. E. möchte auch Erlangen ein Interesse an der Erhaltung der Bahnstrecke haben.

Die Gemeinde Langensteinbach wird also auch jetzt wieder ihr Möglichstes tun müssen, und wenn sie das einrichtungslos tun können, können Gemeindevorstände und Bürgerausschuß leichteren Herzens die zu unternehmenden Schritte verantworten. Verantwortungsbewußtsein in der Gemeindeverwaltung und Verantwortungsbewußtsein im Bürgerausschuß wird sich zum Wohle aller Gemeindeglieder auswirken. Und nun einen Strich darunter, h. s.

Kleine bad. Chronik

Aus dem FD-Zug gekürt — Tot aufgefunden
 * Mann heim, 15. Jan. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr fand man in der Nähe des Bahnhofs Dornberg-Grob-Gerau, kurz nach Pflanzern des von Frankfurt kommenden FD-Zuges, auf den Schienen eine männliche Leiche, die nur mit Sohle und Hemd bekleidet war. Die Feststellungen erlauben, daß es sich um den Berliner Oberingenieur Karl Mühlstein handelt, der sich im Schnellzug befunden hatte und zur Erholung in den Schwarzwald reisen wollte. Ob es sich um einen Unfallsfall handelt, oder ob Selbstmord vorliegt, ist einstweilen unklar. Der Vernalgung soll in der letzten Zeit ein nervöses Leiden gehabt haben.

Obergrumbach. Bei der auf der Gemartung Obergrumbach abgehaltenen großen Treibjagd wurden 158 Hähnen und ein Fuchs erlegt.

Untergrumbach. Nach der genauen Statistik sind in unserer Gemeinde insamt 443 Personen arbeitslos, und zwar 107 männliche und 336 weibliche. Wie bekannt ist die hohe Ziffer auf die Stilllegung der Zigarrenindustrie zurückzuführen. — Ein außerordentlich herrlich in dieser Gemeinde. Nicht weniger als 87 Leute, die bereits das 70. Lebensjahr überschritten haben, sind zum Teil für ein gutes Klima; davon sind 42 weibliche und 45 männliche Personen. In unserer Gemeinde sind im Jahr 1930 63 Geburten, 27 Eheschließungen und 20 Sterbefälle zu verzeichnen.

Setzingen. Amt Buchen. Seit 14 Tagen herrscht hier die Grippe, die vielach Lungenerkrankungen im Gefolge hat. Da in der Schule 65 Prozent der Kinder fehlten, wurde der Unterricht durch besitzamtliche Verfügung zunächst auf zehn Tage eingestellt.

Setzingen. Amt Buchen. In der Nacht stürzte sich ein 46 Jahre alter verheirateter Patient des hiesigen Kurhauses aus dem Fenster des zweiten Stockwerks. Die Verletzungen waren derart, daß der Tod alsbald eintrat. Was den Unfallschicksal in den Tod trieb, ist noch unauflösbar.

Lobnau. Der Lokomotivführer Rinsler veriet beim Holzfahren infolge des getrockneten Bodens zwischen den Holzschitten und einem Baum. Dabei erlitt er einen komplizierten mehrfachen Oberschenkelbruch und mußte sofort nach Freiburg in die chirurgische Klinik verbracht werden, wo eine Embolie seinem Leben ein Ziel setzte.

Wichtig! Kalte Reichsbahntarife zu 10 RM! Im Dezember ist in Berlin wieder eine neue Fälligkeit einer Zehnmarknote der Ausgabe vom 11. Oktober 1924 festgesetzt worden, die im Buchdruckverfahren hergestellt worden ist. Die Fälligkeit ist in ähnlicher Stärke der ersten Note, jedoch im Griff etwas weicher. Die Pfandmarken sind durch schwache bräunliche Druckstreifen angeordnet. Das Wasserzeichen ist auf der Vorderseite durch Aufdruck nachgeahmt. Die gemusterte Bildprägung fehlt. Das Gesicht des männlichen Bildnisses macht einen verschwommenen Eindruck. Die Ziffer „10“ der linken unteren Wertschl. „10“ ist größer und nach links unten verkrümmelt aufgedruckt. Die Rückseite ist in der Färbung hinter als die der ersten Note, auch ist der Druck unklar. Für die Aufhebung der Fälligkeitserwartung hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 RM. ausgesetzt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Samstag: Stärkere westliche Winde, strichweise leichte Niederschläge, in der Ebene Laubwetter, im Gebirge Schneefälle.

Schneebericht
 Döbel: Bewölkt, leichter Schneefall, 1 Grad Kälte, 10 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi und Nadel gut.
 Hundesf.: Leichter Schneefall, 2 Grad Kälte, 18 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi und Nadel gut.
 Hornisgrunde: Leichter Schneefall, 4 Grad Kälte, 22 Ztm. Schneehöhe, 1-2 Ztm. Neuschnee, Pulverschnee, Schi und Nadel gut.
 Ruckstein: Starker Schneefall, 3 Grad Kälte, 21 Ztm. Schneehöhe, 3-5 Ztm. Neuschnee, Pulverschnee, Schi und Nadel gut.

Die Polizei berichtet:

Uniformverbot
 Zur Vermeidung von mißverständlichen Aufstellungen sieht sich die Polizeidirektion zu der Erklärung veranlaßt, daß bei der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms am 15. Januar abend in der Festhalle einige wenige auswärtige Teilnehmer in Uniform nur deswegen nicht beauftragt wurden, weil seit der Bekanntmachung des allgemeinen Uniformverbots erst ein Tag verstrichen war und daher der annehme gute Glaube dieser Teilnehmer an die Berechtigung ihres Uniformtragens anerkannt werden konnte.

Tumult in einer Wirtschaft
 Einige junge Leute, vermutlich Angehörige der NSDAP, provozierten Donnerstag abend in einer Versammlung der Sektion Kader des Verbandes der Nahrungs- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Karlsruhe, in einem Lokal in der Waldstraße durch Zurschaufeln eines Tumults, so daß der Versammlungsleiter die Versammlung schließen mußte. Einer der Tumultanten gelangt wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zur Anklage.

Verstoß gegen das Demonstrierungsverbot
 Etwa 40 Kommunisten versuchten am Donnerstag abend in geschlossener Ordnung auf dem Gehweg der öffentlichen Kaiserstraße zu marschieren. Sie wurden von der Polizei verstreut.

Selbstmordversuch
 Am Donnerstag abend stürzte ein Spaziergänger im Hardwald in der Nähe des Fernheizwerkes die Hülse einer Frau. Er suchte die Umgebung ab und fand eine jüngere Frauensperson mit einem Messer in der Hand und einer tiefen stark blutenden Schnittwunde am linken Arm auf dem Boden liegend vor. Er sorgte zusammen mit anderen Anwohnern, die inzwischen dazu gekommen waren, für Verbringung der Patientin, die die Unfallschicksal ins Krankenhaus einlieferte. Es handelt sich um ein 27 Jahre altes Zimmermädchen, das sich wegen Stellenlosigkeit das Leben nehmen wollte.

Erschwerte Körperverletzung
 Ein 26 Jahre alter Stallweiser wurde festgenommen und in das Bestrafungsamt eingeliefert, weil er am Donnerstag morgen im Schloßpark der Wandersbergberge hier einen led. Elektroechter durch Schlags mit der Faust und einem Sparsierstift so mißhandelte, daß man den Verletzten mit einer erheblichen Kopfverletzung und einer leichten Gehirnerschütterung ins Krankenhaus einliefern mußte.

Unfall
 Am Mittwoch abend stürzte ein 15 Jahre altes Lehrlingmädchen, das sich in Begleitung seiner Mutter auf dem Wege durch die Kirchstraße befand, in der Dunkelheit über den Ladebaum eines Weinstadtstraßwagens, den der Chauffeur ohne die nötigen Vorkehrungen angebracht hatte. Die Tochter verletzte sich erheblich, während die Mutter, die gleichfalls zu Fall kam, ihren Kopfteil mit 30 M Inhalt verlor.

Veranstaltungen

Maschinenball in der Stadt, Festhalle
 Wir wollen nicht veräumen noch einmal auf den morgen abend in der Festhalle stattfindenden Maschinenball des Sängerbund und Vorwärts hinzuweisen. Der Vorwärtsmaschinenball war jedes Jahr einer der best besuchten Veranstaltungen, und auch der Kartenerwerb für dieses Jahr hat rege eingelegt, so daß mit einem ausverkauften Haus zu rechnen ist. Wer noch keine Karte besitzt, möge sich dieselbe bei einer Vorverkaufsstelle beschaffen (siehe Platzanzeigen). Der Preis beträgt im Vorverkauf 2 M ohne jede Nebengebühr. An der Abendkasse erhöht sich der Preis etwas. Der Musikverein Karlsruhe wird mit verstärktem Orchester den großen Saal bestreiten und im Bierstübchen wird ein auserlesenes Schrammelfest der Besucher unterhalten. Der Tanz beginnt um 8 Uhr und endet um 3 Uhr, so daß auch die Tanzmusikanten auf ihre Rechnung kommen. Da dieses Jahr nur 3 bis 4 Maschinenbälle stattfinden und größtenteils mit hohen Preisen, so tut jeder gut daran, gleich den ersten besten zu belaufen.

Golfturnier. Am 16. Januar hat sich die Direktion ein Sportprogramm im Rahmen eines erstklassigen Barlets-Programms verschrieben, um auch der hiesigen Sportwelt wieder etwas Neues zu bieten. Es sind dies die internationalen Ringstämpfe zur Auscheidung um die Weltmeisterschaft 1931, welche unter dem Schutze des Internationalen Ringverbandes e. V. Berlin-Wien stehen. Die Organisation und Kampfstelle liegt in den Händen von Herrn Carl Wegand, offizieller Kampfsteller der N.S.D. Entschieden der Wichtigkeit der Auscheidungstämpfe wurde der Veranstaltung auch eine hervorragende Zeitungsberichterstattung zugesichert. In letzter Minute ist es noch gelungen, den berühmten holländischen Champion Peter Kop zu verpflichten. Derselbe ist nicht allein als ausgereicherter Ringler, sondern auch von seinen vorjährigen Startkämpfen in bester Erinnerung. Die Ringkampfveranstaltungen werden diesmal sicherlich auf ihre Kosten kommen. Am Sonntag sind auch Nachmittags 14 Uhr Ringstämpfe statt. Den Ringstämpfen geht ein ausgezeichnetes Barlets-Programm voraus u. a. Giovanni Martini, Josef Puffel-Glown, 2. Rang, Arabische Springer, Redd and Jones Co., die internationale Brunt-Lanz-Revue, sowie die größte wissenschaftliche Attraktion Helmut Richterfeld. Die Eintrittspreise sind bedeutend ermäßigt.

Kochkünstler. Bei äußerst niedrigen Eintrittspreisen veranstaltet der Mannergesangverein Karlsruhe am Samstag, den 17. ds. Mts., im „Rüfen Kraus“ einen Kofstümball. Da die Veranstaltungen dieses Vereins stets einen beglückenden Verlauf zu nehmen pflegen, kann der Besuch nur empfohlen werden.

Kaffe Bauer. Wie schon Freitag, finden heute zwei Konzertveranstaltungen statt. Nachmittags 5 Uhr ein Konzert mit Cellovorträgen, abends 8 Uhr ein Konzert mit Jazzbegleitung. (Siehe die Anzeigen.)

Kinderkonzert. Am Sonntag, 18. Januar, 4. Sonntag nach Weihnachten, soll in der Festhalle nachmittags 4 Uhr ein Kinderkonzert stattfinden, das von der hiesigen Musikschule veranstaltet wird. Die Dirigenten sind die hiesigen Musiklehrer. Die Eintrittspreise sind bedeutend ermäßigt. Die Karten sind im Vorverkauf zu je 10 Pfennig zu haben. Der Erlös wird für die hiesigen Musikschulen verwendet.

schöne Kunst des Geigenpiels in den Dienst der Sache stellen, und auch die Madrigalvereinigung der Christuskirche unter der Leitung des Herrn Seminarlehrers und Organisten der Christuskirche Wilhelm Rumpf will die Güte haben, mit einer Choralkantate von Max Neer die Stunde zu bereichern. Der große Plan des Diakonissenhausneubaus, dessen Verwirklichungsbeginn jetzt ganz nahe vor der Tür steht, hat ja in unserer Stadt erstens viele Freunde, und sie werden gewiß gerne das Schöne mit dem Nützlichen verbinden wollen und dieser verbündeten Veranstaltung ihren Anteil leisten. — Eintrittspreise: 1.— M. mittlere Empore 2.— M. Vorverkauf an der Schwefelbühnenstraße, Poststraße 5 und bei den Gemeindefachwertern; Karten auch beim Eintritt erhältlich.

Menschen im Käfig

Ein erschütterndes und spannendes Drama spielt sich zur Zeit auf der Filmleinwand des Kesi-Kinos ab. Menschen im Käfig bedeutet sich der Tonfilm. Menschen im Käfig im doppelten Sinne. Das Drama spielt sich in dem engen Gemäuer eines Leuchtturms ab und der Inhalt schildert die Not und Qual der in dieser Enge lebenden Menschen, die miteinander zu leben gezwungen sind, ohne gegenseitige innere, seelische Bindung. Der ewige Kampf zwischen Jugend und Alter, der jungen, das Leben liebenden Frau, die sich an einen alten Mann gebunden und wieder hinaus in die Freiheit strebt, und der Kampf zweier Männer um diese Frau. Die Handlung ist dank des prächtigen Spiels aller Darsteller von äußerster Spannung; atemlos folgt der Zuschauer und Hörer den Geschehnissen, die wiederholt hochdramatischen Charakter tragen. Niemand wird die Abrollung des Schicksals dieser Menschen ohne innere Anteilnahme verfolgen. Der Rahmen der Handlung ist größtenteils von befruchtendem Reiz, namentlich die Bilder des stürmenden und brandenden Meeres sind von einseitiger Schönheit der Farben, ist eine höchste Leistung, die Direktor Kasper hat einen ausgezeichneten Griff bei dessen Wahl getan. Das Werbeprogramm ist auf eine beilere Note gestimmt. Die Musikwerke sind immer noch von alter Qualität, eine neue Tat von ihr gehört zum inneren Bestand eines guten Sozialhauses. Eine weitere heitere Sache, die von Keilen in die Sommerfrische handelt, führt sich in das Gesamtprogramm bestens ein. Die zwei Stunden im Kesi bringen also beste Unterhaltung.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg
 Freitag, 16. Januar, 20 Uhr, Vertrauensmännerversammlung, im Gasthaus zum Hirsch. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
 Sitzung des engeren Vorstandes
 Freitag, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus Sitzung des engeren Vorstandes. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Veranstaltungen

Freitag, 16. Januar 1931
 Bad. Landestheater: Der Mann, den sein Geistes trieb. 20 Uhr.
 Bildliches Konzertabend: Das Komito X (nur Theatergemeinde). 20 Uhr.
 Galloforum: Internationale Ringstämpfe. 20 Uhr.
 Gloria-Palast: Lumpendieb.
 Wald-Theater: Ein Wälder im Schloßpark.
 Wald-Theater: Menschen im Käfig.
 Wald-Theater: Der Tanz geht weiter.
 Wald-Theater: Der Herzschlag der Welt.
 Wald-Theater: Das verschundene Haus — Liebe und Leidenschaft.
 Wald-Theater: 20 Uhr, drei Stunden, Generalsversammlung.
 Haus Adolph, Ritterstr. 5: Eugenio-Ausstellung. 10 bis 20 Uhr.
 Zum Reiter: Erstklassige Konzerte.
 Kaffe Bauer: Elfenzert, 16 Uhr. Operetten- und Schlagerabend 20.30 Uhr.

Im Inventur-Ausverkauf bei **Burchard**

Berufsmantel	Rohnessel	1.90
Berufsmantel	Zeitr.	2.40
Schürze	auf Neasel gezeichnet	- .68
Tischdecke	1.30x130 cm, auf Hautsuch	2.10
Landhausgardine	weiß mit Spitze verarbeitet	- .20
Stropf	Plat mline, mit Plättchen und Spitze	1.90
Herr enpullover	mit Reißverschluss, Jacquardmuster	4.90
Kind erweste	reine Wolle, Größe 40	2.20
Damenstrumpf	reine Wolle	- .75
Damenstrumpf	Wolle plattiert, meliert	- .95
Schlupf hose	Kunstseidendecke, innen geraut	1.25
Damen-Handschuhe	Trikot, falls gefüllter	- .35

Einzelstücke in angedrübter

Damen- u. Kinderwäsche ganz bedeutend herabgesetzt

